

Ulrich Wilken sagt:
»Wir brauchen sichere Fluchtwege, eine gute Unterbringung für alle Menschen, die unseren Schutz benötigen und eine gute Integration.« | Seite 2



Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnungen wirksam bekämpfen – Bau von mehr Sozialwohnungen gefordert

Die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag hat Anfang Februar einen umfangreichen Gesetzentwurf gegen spekulativen Leerstand, Zweckentfremdung und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnung in den Landtag eingebracht.

Mit dem Gesetz sollen die Städte mit erhöhtem Wohnungsbedarf die Möglichkeit erhalten, durch Verabschiedung eigener Satzungen gegen Leerstand von mehr als sechs Monaten vorzugehen. Auch die Umwandlung von Wohnraum in Büros und von Miet- in Eigentumswohnungen könnte damit verhindert werden.



Foto: lassedesigner | Fotolia.com | #65037251

EINWOHNERZAHLEN WURDEN JAHRELANG UNTERSCHÄTZT

Gegen spekulativen Leerstand und Zweckentfremdung gab es in den Jahren 1972 bis 2004 bereits ein hessisches Gesetz, das durch die damalige CDU-

Alleinregierung unter Roland Koch gestrichen wurde. Das Argument damals: die geringe Bevölkerungsentwicklung in den Ballungsgebieten. Der heutige Blick auf das Ballungsgebiet Rhein-Main – und allen voran auf Frank-

furt – zeigt, wie falsch die Landesregierung seinerzeit gelegen hat. Die für 2030 prognostizierten Einwohnerzahlen für die Stadt Frankfurt wurden bereits Ende 2015 nahezu erreicht. Die dramatische Entwicklungen

der Mietpreise, wie auch der drastische Rückgang an preiswerten Sozialwohnungen – von 206.000 Wohnungen in 1991 auf 108.000 Wohnungen in Hessen – muss uns alle wach rütteln!

Im Hinblick auf eine angemessene Unterbringung von Flüchtlingen, sowie die Versorgung der bereits 45.000 registrierten Wohnungssuchenden, brauchen wir dringend deutlich mehr Sozialwohnungen. Das Gesetz gegen Leerstand und Zweckentfremdung ist nach Auffassung der LINKEN ein weiterer Baustein für eine soziale und gerechtere Wohnungspolitik für alle Menschen in Hessen.



Hermann Schaus, wohnungspolitischer Sprecher DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Müssen die Mieten steigen und steigen?

Ein Kommentar von Hermann Schaus

In vielen Regionen Hessens steigen die Mietpreise immer schneller. Preisgünstiger Wohnraum ist kaum noch zu finden. Schuld daran ist eine seit Jahrzehnten verfehlte Wohnungspolitik, die alles dem »freien Markt« überlassen hat.

Infolge dieser Politik hat sich in Hessen die Zahl der Sozialwohnungen seit 1991 halbiert. Die Zahl der einkommensberechtigten Familien hingegen ist auf rund 300.000 gestiegen. Registriert sind davon aber nur 45.000 – der Großteil hat schon aufgegeben.

Eine Wende auf dem Wohnungsmarkt, hin zu einer sozialen Wohnungspolitik, ist nur per Gesetz und durch eine Stärkung kommunaler Gesellschaften und Genossenschaften möglich. Dafür ist es höchste Zeit!

»Nein heißt Nein!«

Alle nicht-einvernehmlichen sexuellen Handlungen müssen unter Strafe stehen

Jede dritte Frau weltweit war bereits Opfer von Gewalt, wurde geschlagen, zu sexuellem Kontakt gezwungen, vergewaltigt oder in anderer Form misshandelt.

Jede dritte Frau – das sind eine Milliarde Frauen – denen Gewalt angetan wurde und wird. Auch in Deutschland ist ein »Nein« immer noch kein »Nein«, wenn es nach dem Strafrecht geht. Aktuell setzt das Strafrecht eine Nötigung z.B. mit Gewaltanwendung oder Gegenwehr des Opfers voraus. Somit reicht es nicht aus, wenn eine Frau ausdrücklich und

mehrfach »Nein« sagt. Jährlich werden in Deutschland ca. 8.000 Vergewaltigungen angezeigt. Die Dunkelziffer liegt aber viel höher.

85% BIS 95% DER FRAUEN ZEIGEN EINE ERLEBTE VERGEWALTIGUNG NICHT AN

Nur ein Bruchteil dieser Anzeigen führt zu einer Verurteilung. Die Quote der Verurteilungen sinkt seit Jahren. In 2012 erlebten nur 8,4 Prozent der Frauen, die eine Vergewaltigung anzeigten, die Verurteilung des Täters. Deshalb hat DIE LINKE einen Antrag betreffend »Nein

heißt nein!« in den Landtag eingebracht. Wir brauchen ein Gesetz, das alle nicht-einvernehmlichen sexuellen Handlungen ohne wenn und aber unter Strafe stellt.

Hierfür muss sich die Landesregierung stark machen. Auch in Hessen sollen Opfer sexueller Gewalt mehr Unterstützung bekommen, sie brauchen überall eine medizinische Soforthilfe und Hilfe bei der Spurensicherung, auch wenn die Frauen – das ist die Mehrzahl der Opfer – noch nicht entschieden haben, ob sie Strafanzeige erstatten wollen.



Foto: BillionPhotos.com | Fotolia.com | #8232990

In Deutschland erlebt jede 7. Frau sexualisierte Gewalt. Nur ein Bruchteil der Taten wird angezeigt. Die wenigsten Täter werden verurteilt.

Asylpaket II – mit Asyl hat das nichts mehr zu tun

Am 25. Februar hat der Bundestag das Asylpaket II beschlossen und damit das Asylrecht faktisch abgeschafft.

► Marokko, Algerien und Tu-

nesien sollen nun sogenannte »sichere Herkunftsstaaten« sein. Nur ein Blick auf die Homepage von amnesty international zeigt: Diese Länder sind nicht sicher! Frauen, Homosexuelle und

Oppositionelle werden verfolgt und unterdrückt. Daran ändert ein Beschluss des Bundestags rein gar nichts. ► Auch wurde mit dem Paket ein neues Schnellverfahren eingeführt und Leis-

tungskürzungen ermöglicht.

► Bei einem Verstoß gegen die Residenzpflicht oder wenn ein Termin versäumt wird, droht nun die Abschiebung. Schon ein Besuch bei Freunden oder Verwandten im Nachbarort kann schwerwiegende Folgen haben.

► Den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre auszusetzen, hat zur Folge, dass noch mehr Frauen und Kinder sich auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer machen und dadurch letztlich noch mehr Menschen im Mittelmeer ertrinken.

Dies ist unverhältnismäßig und mit der Genfer Flüchtlingskonvention nicht vereinbar. So werden weitere Tote billigend in Kauf genommen. Der grundgesetzliche Schutz

der Familie wird ebenso ignoriert wie die UN-Kinderrechtskonvention und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

Was CDU und SPD gemeinsam beschlossen haben ist unmenschlich! Wir brauchen sichere Fluchtwege, eine gute Unterbringung für alle Menschen, die unseren Schutz benötigen und eine gute Integration.

Darauf haben diese Menschen ein Recht!



Ulrich Wilken, rechtspolitischer Sprecher DIE LINKE. im Hessischen Landtag



Am Hafen von Piräus, Athen: 2.500 Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und dem Irak kommen auf dem Festland an, nachdem sie das Meer von der Ostküste der Türkei aus überquert haben.

NSU: Zeugen belasten Verfassungsschutz und Bouffier

Im Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtages, der die Mordserie des so genannten »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) untersucht, gibt es brisante Neuigkeiten: 2006 wurden der Geheimdienstmitarbeiter Andreas Temme und seine V-Leute vor Polizeiermittlungen geschützt, obwohl Temme unter Mordverdacht stand. Die Polizei wollte damals auch seine V-Leute vernehmen.

Und entgegen allen bisherigen Darstellungen belasten viele Zeugen nun Andreas Temme und Volker Bouffier. Man hätte gegen Temme vorgehen und seine Quellen vernehmen sollen – so Aussagen aus Polizei und Geheimdienst heute. Temme habe »nicht alle Tassen im Schrank gehabt« und »Wiesbaden eine schützende Hand über ihn gehalten«, sagte sein früherer Kollege. Brisant zudem: Obwohl es bisher geleugnet wurde, war der Geheimdienst schon vor dem NSU-Mord in Kassel mit der Mordserie befasst.

Es wird immer deutlicher, wie hanebüchen die hessischen Behörden gehandelt

haben. Staatlich bezahlte V-Leute waren in zahlreiche Straftaten verwickelt. Der Eindruck im Untersuchungsausschuss war desaströs. Ebenso schlecht kommt der Geheimdienst selbst weg, der als »verkrustet« und in »alten Strukturen denkend« beschrieben wurde.

POLIZISTEN SOLLEN EINEN V-MANN BESUCHT UND IHN ÜBER INTERNA INFORMIERT HABEN

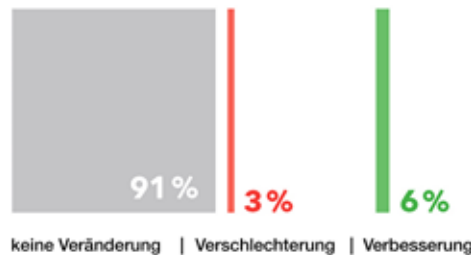
Und das Bundeskriminalamt ist bei NSU-Vernehmungen selbst ganz offensichtlichen Falschaussagen nicht nachgegangen. Bis heute nicht!

Mit Spannung wird daher die Vernehmung des damaligen Innenministers Volker Bouffier (CDU) und des damaligen Geheimdienst-Chefs Dr. Alexander Eisvogel erwartet. Die Verantwortung für strukturelles Versagen und Behinderung der NSU-Ermittlungen in Hessen liegen offenbar bei ihnen. Da der zweite NSU-Ausschuss des Deutschen Bundestages speziell die bizarre Rolle der Behörden im NSU-Komplex prüft, bleibt Hessen auch dort weiterhin auf der Tagesordnung.

»Lärmpausen« sind kein Erfolgsmodell

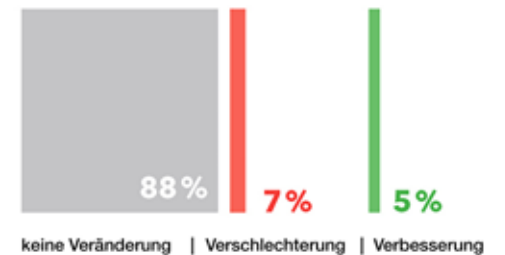
Nur acht Stunden Nachtflugverbot bringen Entlastung

Lärmpausen 22 bis 23 Uhr



Empfinden der befragten Personen in Bezug auf eine Veränderung ihres Alltagslebens seit Einführung der Lärmpausen.

Lärmpausen 5 bis 6 Uhr



Seit etwa einem Jahr werden am Frankfurter Flughafen sogenannte »Lärmpausen« getestet, also am frühen Morgen und späten Abend einzelne Start- und Landebahnen gesperrt.

Die Flugzeuge fliegen dabei in gleicher Zahl weiter. Dieses Vorgehen soll ein achtstündiges absolutes Nachtflugverbot ersetzen, das die Grünen noch im letzten Landtagswahlkampf forderten, aber jetzt der Regierung mit der CDU geopfert haben. Der grüne Verkehrsminister Tarek Al-Wazir hat Anfang Februar eine Bilanz dieser Lärmpausen gezogen und hält sie für einen Erfolg. Dabei hat er Zahlen vorgelegt, die daran zweifeln las-

sen. Zwar ist es an manchen Orten leiser geworden, dafür an anderen erwartungsgemäß lauter. Darüber hinaus nahmen einer Umfrage zufolge über 90 Prozent der Befragten keine Verbesserung ihres Alltags durch die Lärmpausen wahr. Nicht einmal diese Verschiebung des Lärms von einem Ort auf den anderen ist verlässlich. Regelmäßig fällt die Lärmpause aus, weil das Wetter nicht mitspielt.

AUFWAND UND INSZENIERUNG STEHEN IN KEINEM VERHÄLTNISS ZUM ERGEBNIS

Nach dem erneuten Flughafenausbau – dem Bau von Terminal 3 – wird es zukünftig ohnehin nicht leiser,

sondern noch lauter. Echte Entlastung ist ohne eine politisch durchzusetzende Begrenzung des Wachstumsstrebens der Fraport AG und der Luftfahrtindustrie nicht möglich. Notwendig sind ein achtstündiges Nachtflugverbot und eine Deckelung der Flugbewegungen auf 380.000 im Jahr. Denn der Flughafen mitten im Ballungsraum kann einfach nicht immer weiter und weiter wachsen.



Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Kitas müssen unentgeltlich sein | Ein Interview mit Marjana Schott

Das Land soll die Kindertagesbetreuung vollständig finanzieren

Viele Eltern – besonders mit Kleinkindern – klagen über gestiegene finanzielle Belastungen. Was steckt dahinter?

In jeder dritten hessischen Stadt oder Gemeinde wurden 2015 und 2016 die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung erhöht und dies oft sehr empfindlich.

Hinzu kommt, dass 83 Prozent der Kommunen auch die Grundsteuern und andere Beiträge erhöhen. Eltern müssen oft überlegen, ob sich die Berufstätigkeit überhaupt noch rechnet, ob das Kind vom Mittagessen oder der Nachmittagsbetreuung abgemeldet werden soll oder

ob man gleich in ein anderes Bundesland zieht.

Wie kommt es zu den Gebührenerhöhungen?

Die Kommunen erhöhen die Beiträge nicht aus Bosheit. Sie müssen fast drei Viertel

der Kosten für die Kinderbetreuung selbst aufbringen. Aufgrund ihrer schlechten finanziellen Ausstattung sehen sich die meisten Kommunen gezwungen, Beiträge zu erhöhen und Personal zu reduzieren. Dies ist aber die schlechteste Lösung. Kitas

sind Bildungseinrichtungen und sollten deshalb nach der Meinung der LINKEN kostenfrei sein. Deshalb schlägt DIE LINKE vor, Elternbeiträge für Kindertagesstätten ab dem Jahr 2017 abzuschaffen.

Und wie wollt ihr das praktisch lösen?

Mittelfristig soll das Land die Kosten für die Kinderbetreuung vollständig übernehmen. Das bisherige bürokratische Verfahren mit 28 verschiedenen Pauschalen würde radikal vereinfacht werden. Finanziert werden kann dies über die Vermögensteuer, die wieder eingeführt werden soll, oder durch Änderungen im Län-

derfinanzausgleich. Außerdem werden den Kommunen jedes Jahr immer noch 340 Millionen Euro vom Land vorenthalten. Kinder sind unsere Zukunft. Für sie brauchen wir eine gute Kindertagesbetreuung mit einer guten Personalausstattung.

DIE LINKE will jedem Kind den Zugang zu einer guten öffentlichen Kindertageseinrichtung garantieren.



Marjana Schott, sozialpolitische Sprecherin DIE LINKE im Hessischen Landtag



Foto: Robert Kneschke | Fotolia.com | #63933014

Jedes Kind soll einen kostenfreien, öffentlichen Kitaplatz bekommen.

Pakt für den Nachmittag bleibt Mogelpackung

Endlich in echte Ganztagschulen investieren!

Eine Ganztagschule und ein ganztägiges Betreuungsangebot sind zwei Paar Schuhe. Echte Ganztagschulen verbinden über den ganzen Tag hinweg schulische Angebote mit Freizeitaktivitäten und eigenständigen Lernzeiten in Verantwortung und Finanzierung der Schule. Der »Pakt für den Nachmittag« der Landesregierung hingegen teilt Zuständigkeit und Ausgestaltung auf: Bis 14.30 Uhr kümmert sich die Schule. Danach sind beispielsweise kommunale Einrichtungen für die Betreuung und Freizeitgestaltung der Schülerinnen und Schüler

verantwortlich. Diese Angebote unterscheiden sich von Schule zu Schule und von Einrichtung zu Einrichtung stark – ebenso die Kosten, die den Eltern entstehen. Rhythmisierte Unterricht ist auf diese Weise nicht möglich, denn dieser setzt eine verpflichtende Anwesenheit aller Schülerinnen und Schüler voraus.

Dass immer mehr Schulen am Pakt partizipieren, hat einen einfachen Grund: Freinach dem Motto »Besseren Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach« nehmen sie jegliche Angebote wahr, die das Betreu-

ungsproblem (insbesondere für berufstätige Eltern) von Grundschulkindern verringern könnten. Doch die Lösung wäre so einfach wie pädagogisch wertvoll: Der Pakt muss abgeschafft und die finanziellen Mittel stattdessen in echte Ganztagschulen investiert werden – zum Wohle aller Beteiligten.



Barbara Cárdenas, bildungspolitische Sprecherin DIE LINKE im Hessischen Landtag

Keine weiteren Kürzungen im Lehrerbereich!

2015 hat die Landesregierung Lehrstellen in Grundschulen und in der gymnasialen Oberstufe gekürzt. Nun trifft es die Sportkoordination und den Bereich Kulturelle Bildung an den Schulen. Der hessische Kultusminister Alexander Lorz (CDU) spricht von einer »Umverteilung«. Fakt ist jedoch, dass die Stundenzuweisungen für Sportkoordinator_innen und für Lehrkräfte, die sich der

kulturellen Bildung widmen, an den staatlichen Schulämtern wieder einmal gekürzt wurden. Dabei trifft es die hessischen Lehrer_innen sowieso schon vergleichsweise hart: Die Beamtinnen und Beamte haben im Bundesvergleich die längsten Arbeitszeiten, sind von der tariflichen Lohnsteigerung ausgeschlossen und haben obendrein auch noch eine Nullrunde zu verkraften. Ihre

Proteste wurden vom Kultusminister in einmaliger Härte geahndet und bestraft. Es hagelte Abmahnungen für die Lehrer_innen, die sich gegen diese Zustände zu wehren versucht hatten. Statt zu kürzen muss weiter investiert werden.

DIE LINKE fordert die Rücknahme der Kürzungen in allen vier Bereichen, und zwar sofort!

Windkraft ja – aber bitte nicht in meiner Gegend?

Große Teile der Bevölkerung wollen nach Fukushima und angesichts der Klimakatastrophe die schnelle Energiewende. Trotzdem wird vor Ort immer wieder Stimmung gegen sie gemacht – insbesondere gegen Windkraftprojekte. Vorne dabei sind oft die FDP und die CDU. Die Gegner reden von Problemen mit der »Akzeptanz« und von »Landschafts- und Naturschutz«. Tatsächlich betreiben sie aber das Geschäft der alten Kohle- und Atomkonzerne.

Für DIE LINKE ist klar: Natürlich müssen die Standorte der Windräder mit Augenmaß gewählt und fair verteilt werden. Aber der Klimawandel ist die größte Bedrohung für Landschaft und Natur.

Ende Januar fand im Landtag eine Experten-Anhörung statt. Sie zeigte: Es gäbe Wege, für mehr Akzeptanz der Windkraft zu sorgen – indem die Einnahmen vor Ort bleiben. Wenn die Kommunen oder ihre Stadtwerke selbst die Anlagen betreiben, dann kommen Gewinne unmittelbar den Menschen vor Ort zugute.

Seit dem hessischen Energiegipfel 2011 wirbt DIE LINKE dafür, die Entwicklung der Windkraft in Hessen in die Hände der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunen zu legen. Und wenn Energiekonzerne die Windräder betreiben, müssen die betroffenen Kommunen zumindest angemessen beteiligt werden.



Stephan Leyk | Fotolia.com | #13717253

Kommunen, Bürgerinnen und Bürger am Ausbau der Windkraftenergie beteiligen. Standorte fair verteilen und Klima schützen.

Unlautere Praktiken von K+S belasten Umweltministerin Priska Hinz

Kaliproduktion muss Umweltgesetze einhalten – nur so sind Arbeitsplätze zu erhalten

Im September 2015 durchsuchte die Staatsanwaltschaft Meiningen die Büros von K+S aufgrund des Verdachts auf eine rechtswidrige Versenkung von Salzabwässern. Damals beteuerte die hessische Umweltministerin Priska Hinz (Grüne), dies habe mit Hessen nichts zu tun. Im Februar dieses Jahres hat sich dieser Verdacht erhärtet und es wurde Anklage gegen K+S-Manager und -Beamte aus Thüringen wegen Umweltvergehen erhoben.

HINWEISE AUF MANIPULATION VON AKTEN

Bei der staatsanwaltschaftlichen Untersuchung wurden im Mailverkehr von K+S-Mitarbeitern aber auch Hinweise gefunden, dass hessische Beamte des Regierungs-

präsidiums Kassel K+S bei der Manipulation von Akten aus Genehmigungsverfahren zur Versenkung von Salzabwässern geholfen haben könnten.

SCHWERE VERSTÖSSE GEGEN DAS UMWELTRECHT

Als Chefin des Umweltministeriums führt Priska Hinz auch die Aufsicht über das Regierungspräsidium und trägt eine erhebliche Mitverantwortung für die Aufklärung dieser Vorwürfe. Zu sehr ist sie aber mit ihrem Vier-Phasen-Plan, einer Weiterführung der Versenkung, der Oberweserpipeline und der Erweiterung der Abraumhalden K+S behilflich. Alle diese Vorhaben sind nicht geeignet, die Versalzung von Flüssen und Grundwasser zu stoppen.



Michael Wolf | fotolia.com | #6305186

Sie verstoßen gegen Umweltrecht, was ja der Umweltministerin bekannt sein sollte. Kein Wunder also, dass Priska Hinz in dieser Sache auf Tauchstation gegangen ist. Die Planungen für die Oberweserpipeline liegen bis Anfang April auf Eis – das hat Niedersachsen durchgesetzt. Aber das reicht bei Weitem nicht. Die Hessische Umweltministerin muss jetzt für eine

schnelle Aufklärung der Vorwürfe sorgen und K+S endlich zur Einhaltung der Gesetze zwingen. Bis zur Klärung müssen alle Genehmigungsverfahren für K+S ruhen. Sollten sich die Hinweise bewahrheiten, müssen dem Regierungspräsidium Kassel die Aufsicht und Zuständigkeit für die Genehmigungsverfahren in der Kaliindustrie entzogen werden. Eine Kaliproduktion ohne un-

ser Grundwasser zu versalzen ist möglich – man muss sie aber auch durchsetzen, dann rettet man auch die Arbeitsplätze.



Marjana Schott, umweltpolitische Sprecherin DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Wildtiere raus aus dem Zirkus!

Ein Kommentar von Barbara Cárdenas

Wildtiere wie Löwen, Tiger und Elefanten sind im Zirkus ein alltägliches »Showelement«. Dabei ist eine auch nur im Ansatz artgerechte Haltung der Tiere in einem Zirkus nicht möglich. Sie leiden unter dem nur geringen Platzangebot, unter Einzelhaltung und der oft nur sehr kurzen Beschäftigung. Wir fordern ein bundesweites Verbot von Wildtieren im Zirkus. Wir müssen uns die grundsätzliche Frage stellen, ob Ausbeutung von Tieren ethisch vertretbar ist. Das derzeit herrschende Mensch-Tier-Verhältnis sollte umfassend auf den Prüfstand. Für den Zirkus bedeutet dies, dass weitere Verbote folgen sollten, die

sich auf alle Tiere beziehen. Es gibt längst erfolgreiche Zirkusse, die ganz ohne Tiere arbeiten.

Das Thema »Mensch-Tier-Verhältnis« wird auch zentral bei unserer nächsten Tierrechtetagung am 1. Oktober 2016 sein. Wir wollen untersuchen, wie unser Verhältnis zu Tieren sich im Laufe der Zeit geändert hat – und, wie sich das in den Bereichen Tier als Lebensmittel, als Ware, als Haustier, zum Amusement inzwischen ausdrückt. Das Programm wird derzeit erarbeitet. Wer Interesse hat, bei der Vorbereitung mitzuarbeiten, melde sich bitte bei der Fraktion. Kontakt siehe Impressum.



© PETA Deutschland e.V.

Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien stoppen

Krieg ist die Hauptursache von Flucht und Vertreibung

Saudi-Arabien gilt als einer der autoritärsten Staaten der Welt. Dementsprechend ist die Menschenrechtslage dort äußerst schlecht. Das Land ist aber einer der Hauptabnehmer deutscher Waffen. Dabei ist nicht gesichert, dass nach Saudi-Arabien gelieferte Waffen auch im Land verbleiben. Selbst der deutsche Auslandsgeheimdienst BND bescheinigt dem Land eine »impulsive Interventionspolitik«.

Der Bundesregierung jedoch scheint all dies egal zu sein. Der Datenbank der »Campaign Against Arms Trade« (CAAT) und »waffenexporte.org« ist zu entnehmen, dass sie entgegen ihren eigenen Rüstungsexportkriterien zwischen 2001 und 2014 Rüstungsverkäufe im Wert von fast 2,6 Milliarden Euro an das diktatorische Regime gebilligt hat. Darunter befanden sich Genehmigungen u.a. für den Export von Feuerleiteinrichtungen, Kriegsschiffen, Munition, Kleinwaffen sowie Fahrzeugen und Panzern. SPD, CDU und CSU haben am 17.

Februar 2016 geschlossen gegen den Antrag der LINKEN im Bundestag gestimmt: »Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien mehr zu erteilen. Sollte eine Genehmigung bereits erteilt worden sein, ist sie zu widerrufen.« Im Klartext heißt das: Schwarzrot exportiert weiter den Tod in alle Welt und schafft so neue Fluchtursachen, statt sie zu bekämpfen.

DEUTSCHE WAFFEN WELTWEIT IM EINSATZ

Nach Angaben des »Spiegel« soll Saudi-Arabien im Dezember 2014 deutsche Waffen gegen Demonstranten eingesetzt haben. Fotos zeigen, wie das Regime mit Blendgranaten von Rheinmetall gegen die schiitische Protestbewegung vorgegangen ist. Derzeit greift eine von dem Golfstaat angeführte Allianz schiitische Huthi-Rebellen im Nachbarland Jemen an. Auch hier

kommen dabei wieder deutsche Waffen zum Einsatz.

Nur wenn der Rüstungsexport gestoppt wird, besteht Grund zur Hoffnung, dass nicht immer mehr Menschen vor den aktuellen und zukünftigen Kriegen aus ihrer Heimat fliehen müssen.



Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Hessischen Landtag

IMPRESSUM

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Telefon 0611-350 60 90
Fax 0611-350 60 91
die-linke@ltg.hessen.de
linksfraktion-hessen.de

Redaktion: H. Hoefl, T. Klein und J. Cezanne
Gestaltung: H. Hoefl
Druck: Mediaservice